ÖSTERREICH

# „Brennendheiße Sache“

RUDI BLAHA / AP

*Ludwig Adamovich, 75, ehemaliger Verfassungsrichter und Leiter einer Untersuchungskommission des Wiener Innenministeriums, über Pannen im Entführungsfall Natascha Kampusch*

**SPIEGEL:** Seit gut zwei Monaten durchleuchtet die von Ihnen geleitete Kommission den Entführungsfall Natascha Kampusch. Was untersuchen Sie genau?
**Adamovich:** Der ehemalige Chef des Bundeskriminalamts hat schwere Vorwürfe erhoben: Das Innenministerium habe ihn von einer neuerlichen Untersuchung des Falls abgehalten. Wir schauen uns daher die Tätigkeit oder Untätigkeit der Sicherheitsbehörden an, auch mit Blick auf die Zukunft, um Verbesserungen herbeizuführen.
**SPIEGEL:** Wie kommen Sie voran?
**Adamovich:** Wir haben 166 Ordner der Sicherheitsbehörden zu durchforsten. Das braucht Zeit.
**SPIEGEL:** Ein Wiener Boulevardblatt hat jetzt aus vertraulichen Akten zitiert. Fühlen Sie sich unter Druck gesetzt?
**Adamovich:** Die Veröffentlichung ist ein Skandal. Es handelt sich um einen Auszug aus einem Bericht der damaligen „Soko Kampusch“ an die Staatsanwaltschaft. Darin findet sich ein Aktenvermerk über das erste Gespräch von Frau Kampusch nach ihrer Flucht, das sie mit einer jungen Polizistin geführt hat. Auf die Frage, ob es Mittäter gegeben habe, sagte sie damals: „Ich kann keine Namen nennen.“ Das ist eine kryptische Äußerung, die so oder so verstanden werden kann. In jedem Fall ist sie bemerkenswert.
**SPIEGEL:** Acht Jahre lang wurde Natascha Kampusch in einem Kellerverlies unweit von Wien gefangen gehalten. Bislang galt die These vom Einzeltäter. Halten Sie es für möglich, dass der Entführer Wolfgang Priklopil Komplizen hatte?
**Adamovich:** In den Akten gibt es an mehreren Stellen gewisse Widersprüche. Das ist eine brennendheiße Sache. Aber Fakt ist, dass die Staatsanwaltschaft die Akte geschlossen hat.
**SPIEGEL:** Zu Recht?
**Adamovich:** Das zu beurteilen ist nicht unsere Aufgabe. Die Frage ist aber, ob der Staatsanwaltschaft tatsächlich alle Unterlagen vorlagen, die wir inzwischen haben.

IPA / IBERPRESS / ROPI PRESS

Straßenprostituierte in Teheran

IRAN

# Sittenwächter auf Abwegen

Ausgerechnet ein Mitstreiter von Staatschef Mahmud Ahmadinedschad steht im Mittelpunkt eines bizarren Sexskandals, der in Teheran immer weitere Kreise zieht. Bei einer Orgie mit sechs Prostituierten soll der Polizeichef der Hauptstadt, Resa Sareie, 52, von Beamten des Justizministeriums verhaftet worden sein. Wie eine der beteiligten Frauen berichtete, habe Sareie ihnen befohlen, sich auszuziehen und „nackt in einer Reihe stehend vor ihm zu beten“.

ISRAEL

# Geheime Geschäfte

Offiziell wird Israel von Saudi-Arabien boykottiert, insgeheim aber unterhalten Geschäftsleute beider Länder florierende Handelsbeziehungen. „Es gibt einen bestimmten Grad an Nachfrage von der saudi-arabischen Seite“, sagt Dan Catarivas, Leiter der Außenhandelsabteilung bei der israelischen Manufacturers Association. Israelische Produkte erreichen den saudi-arabischen Markt, indem ihre Herkunft verschleiert wird. Das geschieht mit Hilfe von Mittelsmännern aus Drittländern. Das jährliche Handelsvolumen soll sich nach vorsichtigen Schätzungen immerhin im zweistelligen Euro-Millionenbereich bewegen. Neben dem geheimen direkten Handel billigt die saudische Führung auch den Import von Computern und Mobiltelefonen, die israelische Bauteile enthalten. Der saudi-arabische Boykott existiere „mehr auf dem Papier als in der Praxis“, so Catarivas. Auch in umgekehrter Richtung laufen die Geschäfte. Seit kurzem interessieren sich Ölmillionäre aus Saudi-Arabien und den Golfstaaten für Immobilien in Israel. Begehrt sind Grundstücke mit Blick auf das Mittelmeer in Jaffa, dem arabischen Stadtteil von Tel Aviv. „Die Interessenten zahlen bar und streiten nicht lange um den Preis“, bestätigt Amos Glaser, Geschäftsführer der Maklerfirma Anglo-Saxon in Tel Aviv.

TRAVEL INK / VISUM

Alter Hafen von Jaffa

Der frühere Polizeichef der nordiranischen Provinz Gilan war vor drei Jahren angeblich vom Präsidenten persönlich protegiert worden und rasch zu einem der strengsten Sittenwächter des Regimes aufgestiegen. Harsche Moralpredigten im staatlichen Fernsehen machten Sareie landesweit bekannt. Bei den modebewussten jungen Frauen Teherans, die ihr Kopftuch auch gern lässig Richtung Nacken rutschen lassen, waren seine scharfen Kontrollen der islamischen Kleidungsvorschriften gefürchtet. In gut drei Jahren ließ er rund 35 000 Verwarnungen wegen Missachtung der Sitten aussprechen, etwa wenn unverheiratete Paare Händchen hielten.

Sareies Festnahme erfolgte Mitte März unter größter Geheimhaltung und auf persönlichen Befehl des Justizministers Ajatollah Haschemi-Schahrudi, der den Polizeichef wohl seit Wochen hatte beobachten lassen. Selbst der gefürchtete Staatsanwalt Sajjid Mortesawi, der als enger Freund Sareies gilt, wurde nicht informiert. Sareies zahlreiche Förderer bemühten sich, den Fall zu vertuschen. So dementierte der Direktor der Polizeibehörde, Ahmed Moghaddam, ein Schwager von Präsident Ahmadinedschad, zunächst die Festnahme. Nachdem der Justizminister die Verhaftung öffentlich bestätigte, wurden Sareies Vergehen als „minimal“ und „rein privater Natur“ heruntergespielt.

*Sareie*

Der mit dem Fall betraute Staatsanwalt Mohassan Ghasi aber weitete die Vorwürfe eher noch aus. Mit seiner Anmerkung, ein verhafteter „hoher Polizeioberst“ könne seine Position sowohl „materiell“ als auch „privat“ ausgenutzt haben, deutete er den Tatverdacht der Zuhälterei an. Tatsächlich stehen Polizei und Revolutionswächter schon länger in Verruf, im Rotlichtmilieu abzukassieren. Offiziell ist die Prostitution im Gottesstaat zwar verboten. Huren und Freiern drohen hohe Strafen, bis hin zum Tod. Trotzdem floriert das Geschäft. Allein in der Zwölf-Millionen-Metropole Teheran sollen Tausende Frauen anschaffen, viele auf dem Straßenstrich. An der Motahari-Straße im wohlhabenden Norden der Hauptstadt beträgt der Preis für eine Stunde Sex umgerechnet 20 bis 50 Euro.

Am vergangenen Mittwoch löste die Meldung über den angeblichen Selbstmord Sareies Spekulationen aus, ein gefährlicher Insider sei aus dem Weg geräumt worden. Teheran dementierte den Tod.

MARCUS BRANDT / AP

*Merkel, Sarkozy*

KOSOVO

## Schleppender Prozess

Die Strategie Deutschlands und seiner Verbündeten zur Anerkennung des Kosovo droht zu scheitern. Zwei Monate nach der Unabhängigkeitserklärung haben 39 Staaten die ehemalige serbische Provinz anerkannt – nur ein Fünftel der Weltgemeinschaft. Deutschland gehörte mit den USA, Frankreich und Großbritannien zu den ersten. Doch bisher zogen überraschend wenige Staaten nach, darunter mit Liechtenstein, Monaco und den Marshallinseln so mancher Zwergstaat. Dagegen stehen China, Russland, Indien und Brasilien, sämtliche arabischen Staaten und immerhin 9 der 27 EU-Mitglieder, die das Kosovo nicht anerkennen. Grund für den schleppenden Prozess ist offenbar die massive diplomatische Anstrengung Serbiens. Außenminister Vuk Jeremić agiert rund um den Globus gegen ein unabhängiges Kosovo. Noch blamabler für Deutschland und seine westlichen Partner könnte die Lage im Herbst werden: Serbien will im September ein Mandat der Uno-Generalversammlung zur Prüfung des Falls erwirken. Der Internationale Gerichtshof soll in einem Gutachten klären, ob die einseitige Unabhängigkeitserklärung gegen das Völkerrecht verstößt.

ATTILA KISBENEDEK / AFP

*Serben-Protest (in Mitrovica)*

UMWELT

## Große Stinker, kleine Stinker

Berlin und Paris ringen um die Lastenverteilung bei der europäischen Klimapolitik. Ab 2012, so will es die EU-Kommission, sollen neue Personenwagen im Durchschnitt nicht mehr als 130 Gramm des Klimagifts $CO_2$ ausstoßen dürfen. Bislang liegt die durchschnittliche Schadstoffmenge bei etwa 160 Gramm. Automobilherstellern, die künftig den Grenzwert überschreiten, drohen Strafen, die sich zu Milliarden Euro summieren können. Das macht vor allem der deutschen Autoindustrie Sorge, die viele PS-starke Modelle mit hohen Schadstoffwerten verkauft. Um seinen Automobilbauern zu helfen, fordert Berlin Erleichterungen für Audi, BMW, Mercedes & Co. Was die großen Karossen dann aber mehr durch den Auspuff jagen würden, müssten die kleineren Typen zusätzlich einsparen. Diese Modelle jedoch werden vor allem in Frankreich gefertigt. Franzosen und Deutsche versuchen sich nun an einem Kompromiss, den auch die übrigen 25 EU-Partner mittragen können. Eine Lösung des Interessenkonflikts ist aber offenbar nur auf höchster politischer Ebene zu finden. Deshalb haben Angela Merkel und Nicolas Sarkozy den Abgasstreit jetzt zur Chefsache erklärt. Bis Juni wollen sie ein gemeinsames Konzept vorlegen, das den deutschen Nobelkarossen höhere Werte zubilligt. Im Gegenzug könnte den Franzosen und anderen Kleinwagenlieferanten erlaubt werden, den Verkauf ihrer Ökoautos mit staatlichen Prämien zu fördern.